

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Konto 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielig, Republikanska 4

Volksstimme
Bieliz-Biala u. Umgebung

Heute Proteststreik gegen die Wahlgeseze!

Werttätige, manifestiert für Gleichberechtigung und für politische Freiheit!

Heute ruht die Arbeit in den Betrieben im gesamten Lodzer Industriebezirk.

Desgleichen im gesamten Warschauer Industriebezirk.

Morgen, Mittwoch, legen die Arbeiter im Rappbogegebiet die Arbeit nieder.

Im Dombrowaer Kohlengebiet streift seit Tagen Grube um Grube.

Werttätige des Lodzer Bezirks!

Folgt dem Ruf der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften zur Arbeitsniederlegung als Protest gegen die geplanten Wahlgeseze in geschlossener Front!

Keiner fehle in dieser Kampfesfront, alle

Werttätigen haben für ihr Recht auf Gleichberechtigung und auf politische Freiheit einzustehen. Wer abseits bleiben wird, verhilft den Gegnern zur weiteren Machterweiterung und hilft, sich und seine Klassengenossen zu entrechten.

Die Werttätigen von Lodz und Umgebung haben immer an der Spitze des Kampfes um Recht und Freiheit, um Sozialismus gestanden; sie werden auch diesmal mit ganzer Wucht eintreten:

**für gleiches Menschenrecht,
für politische Gleichberechtigung,
für die Herrschaft des Volkes!**

Das ist Oesterreich.

Querschnitt. Ein hoher oesterreichischer Staatsbeamter stellt uns folgenden politischen und wirtschaftlichen Querschnitt zur Verfügung:

Die Sicherheitsdirektoren aller Bundesländer melden große Austritte aus der Starhemberg-Heimwehr. Die Heimwehr ist unzufrieden, weil man die ihr gegebenen Versprechungen nicht einhält. Nur ein paar Duzend Heimwehrführer sind gut versorgt. Mitte Mai wurden fast 50 Heimwehrler verhaftet, weil sie sich nationalsozialistisch betätigten. Beim Bundesheer entfalten die Nazi eine äußerst lebhafteste Propagandaaktivität. Die Regierung steht dieser machtlos gegenüber. Im Regierungslager wird das Chaos immer größer. Eine Gruppe bekämpft die andere. Aus Italien treffen immer noch Tanks ein. Bisher sind 60 Stück in Oesterreich eingelangt. Die oesterreichische Kriegsindustrie wurde unter staatlicher Kontrolle gestellt. Das Handelspassivum beträgt im April 17,4 Millionen Schilling, liegt also beträchtlich über dem Jahresdurchschnitt. Die oesterreichische Post schließt die Jahresrechnung 1934 mit einem Abgang von fast 40 Millionen Schilling. Der Handelsminister hat die großen Firmen aufgefordert, die Statistiken so zu halten, daß ein Ansteigen des Beschäftigungsgrades ersichtlich ist. Da ein Neudruck von Banknoten nur mit Bewilligung des Völkerbundesdelegierten Rost von Tennungen möglich ist, läßt die Regierung nun Metallmünzen prägen, aber nur Wochschillinge. Die Staatsbeamten erhalten gegen 10 Prozent ihres Gehaltes mit solchem Gelde ausbezahlt. Der Reiseverkehr wird gegenwärtig von 110 Kriminalbeamten überwacht. Hauptsächlich die internationalen Strecken und Reisenden fallen in das Tätigkeitsgebiet dieser Polizei. Die italienischen Geschäfte in Wien stehen unter besonderem Polizeischutz. Die „Illegale Korrespondenz“ erscheint weiter und bereitet der Regierung große Sorgen. Nationalsozialistischerseits sind ausgedehnte Aktionen geplant.

Ruinierte Privatwirtschaft. Von industrieller Seite wird uns aus Wien geschrieben: Die ganze finanzielle Geharungsmethode der oesterreichischen Regierung ist in letzter Zeit für die Privatwirtschaft ruinös. Die Geldmittel der Banken und Sparkassen werden zum größten Teil für den Staat und die Nationalbank in Anspruch genommen. Die Kreditinstitute der breiten Wirtschaftskreise: Sparkassen und Genossenschaften sind in ihrer Kreditgewährung fast ganz beschränkt, denn sie dürfen nur kleine Hypothekenkredite bis zu 2000 Schilling und Verionalkredite nur in geringem Ausmaße und

bei höchster Sicherheit gewähren. Dagegen schöpft der Staat die Einlagenvermehrung bei diesen Instituten für seine Bedarfszwecke ab. Daß unter solchen Umständen die Wirtschaft Oesterreichs trotz „Arbeitschlacht“ nicht emporkommen kann, ist klar, denn eine wirkliche Gesundung kann nur von unten kommen. Die Arbeitsbelebung von oben (Staats- und Gemeindegewegen) kann diesen ersten Prozeß nur fördern, niemals aber begründen. Am wenigsten in einer Staatsgebarung wie jetzt in Oesterreich, wo nur die engsten politischen Mitläufer mit Staatsaufträgen betraut werden und die Korruption und geschäftliche Unfähigkeit wahre Orgien feiert.

Pressekorrumpion. Wiener Zeitungen überbieten sich darin, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich in den schönsten Farben zu schildern. Auffallend ist, daß diese dienstbesessenen und gut geschmierten Sprachrohre der oesterreichischen Diktaturregierung sich von „Tag“ zu „Tag“, von „Stunde“ zu „Stunde“, oder als „Telegraph“ oder „Echo“ des besonderen Schutzes des oesterreichischen Bundespressedienstes erfreuen. Der Chef des Bundespressedienstes, Eduard Ludwig, gibt nicht nur den oesterreichischen Zeitungen, sondern auch den Korrespondenten der auswärtigen Presse die verschiedenen Informationen, die dann als

Originalberichte aus Paris, London oder Rom aufgezäunt werden. Dort ist die eigentliche Giftmischerei, die ihre Weisungen und Nachrichten an die in- und ausländische Presse abgibt. Diese Gefügigkeit wird durch reichliche Bestechungen erreicht, die bei einzelnen Journalisten monatlich 1000 bis 2000 Schilling betragen. Wie geistlos diese Lügenfabrik arbeitet, ist an der täglichen Kost zu erkennen, die diese Blätter ihren Lesern verabreichen. Neben faustdicken Lügen werden die lächerlichsten Vermutungen verzapft. Dieser politische Lesestoff verfehlt daher ganz seine Wirkung. Der Wiener liest diese Blätter nur gewohnheitsshalber, weil andere Blätter nicht zur Verfügung stehen.

Das Urteil des früheren Vizekanzlers Winkler. Der frühere Vizekanzler Franz Winkler ist mit einem Buche über die oesterreichische Diktatur vor die Weltöffentlichkeit getreten. (Ueber die Ausfüh-rungen Winklers haben wir bereits ausführlich berichtet. Die Red.). Winklers Darlegungen gehen davon aus, daß die heutige Regierung in Oesterreich im Volke keinen Rückhalt hat. Jede Wahl, gleichgültig in welcher Form, brächte die Regierung in eine hoffnungslose Minderheit. Winkler bezeichnet die Heimwehren eindeutig als die Exponenten der italienischen Politik. Nicht Steidle oder Starhemberg, sondern Mussolini führte den Oberbefehl über die Heimwehren. Schon 1930 begann die Finanzierung der Heimwehren durch Italien. Starhemberg war damals gegen dieses italienische Geld, nahm es später aber in reichlichem Maße selbst, um sich und die Heimwehren zu finanzieren. Winkler schildert, wie Starhemberg Steidle betrog und wie beide wiederum Dollfuß betrogen. Starhemberg war das Schoßkind Mussolinis. Dollfuß versuchte ihn bei Mussolini anzuschließen. Man verhandelte mit Mussolini, unterhandelte mit Hitler, einmal war es Dollfuß, einmal war es Starhemberg, der den Anschluß an Hitler suchte. Zusammen aber wollten sie nicht verhandeln. Dollfuß und Starhemberg spielten ein Doppelspiel, wie es heute auch Schuschnigg und Starhemberg noch tun. An der Öffentlichkeit sprechen sie von Einigkeit und Freundschaft und hinter dem Rücken intrigieren sie gegeneinander.

In Oesterreich herrscht also heute eine Clique von Deutepolitikern, die sich mit Hilfe Mussolinis in den Sattel geschwungen hat. Diese Clique ist im Volke verachtet und verhaßt. Die Opposition gegen das Regime wächst von Woche zu Woche. Der Abbröckelungsprozess in der Regierungsfrent nimmt unaufhaltsam seinen Weg. Dagegen gibt es keine Rettung.

Der deutsche Devisenbankrott.

Berlin, 24. Juni. Die schwere finanzielle Lage, in welche die Mißwirtschaft der Nazi-Regierung das Deutsche Reich hineingeführt hat, hat die Direktion der Reichsbank veranlaßt, neue drastische Vorschriften zu erlassen, die die lang- und mittelfristigen Auslandsverpflichtungen des Reiches betreffen. Bei der Bekanntgabe der neuen Vorschriften teilt die Reichsbankdirektion selbst mit, daß sie zu diesen neuen Maßnahmen durch die schwere Devisenlage des Reiches gezwungen ist. Auf Grund dieser Vorschriften ist jeglicher Bargeldtransfer verboten. Außerdem enthalten die Vorschriften der Reichsbankdirektion noch andere sehr weitgehende Beschränkungen des Devisenverkehrs.

dauern werden und daß am Donnerstag das Gesetz über die Wahl des Staatspräsidenten in Angriff genommen werden wird. Da die Opposition alle ihre Verbesserungsanträge, die zwar in der Kommission abgelehnt wurden, aufrecht erhält, ist mit einer lebhaften und umfangreichen Debatte zu rechnen.

Heute Seimlösung.

Heute tritt der Sejm zur Beratung über die Wahlgesezentwürfe zusammen. Man rechnet damit, daß die Beratungen über diese Gesezentwürfe heute und morgen

Eine Stadt niedergebrannt.

117 Wohnhäuser und 100 Wirtschaftsgebäude eingäschert
Die Stadt Czartorysk im Kreise Luck wurde von einer schweren Feuersbrunst heimgesucht, die die ganze Stadt in Asche legte. Infolge der langandauernden Dürre waren die meist aus Holz gebauten Häuser vollkommen ausgetrocknet, so daß sich das Feuer mit Windeseile ausbreitete. Es brannten insgesamt 117 Wohnhäuser und 100 Wirtschaftsgebäude nieder. Den bisherigen Schätzungen zufolge dürfte sich der Schaden auf 150 000 Floty belaufen.

